

Niederschrift

zur 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 01.09.2011	18:00- 19.30 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Maria Meinel , Anne Müller , Lothar Nachtigall , Käthe Radom , Gerold Sachse , Jurik Stiller , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze , Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz im nicht öffentlichen Teil entschuldigt, Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Eckhard Fehse , Franka Koch , Jürgen Roch , Dr. Ingo Wetter ,

Abwesend

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter entschuldigt, **FDP-Fraktion** Heiner Buzziol entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 23. Sitzung vom 07.07.2011

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister lässt nachfolgende Termine Revue passieren:

- 10.07.2011 20 Jahre Wohnungswirtschaft GmbH – eine Gelegenheit, diesen Anlass und soziales Engagement mit einander zu verbinden und die Mieter kostenlos in den Heimattierpark einzuladen
- 01.08.2011 Beginn der Straßenerschließungsarbeiten in der Gärtner- und Schellingstraße
- Sommerferien Bauarbeiten an Schulen und Kitas – insbesondere an der 1. Oberschule
- 04.08.2011 Baustart für Deutschlands sechstgrößte Solaranlage auf dem ehem. Flugsplatzgelände (perspektivisch Versorgung von 10.000 Haushalten/Jahr)
- 07.08.2011 Saisonauftakt für den FSV Union in der Oberliga
- 13.08.2011 20 Jahre Schützenfest
- Mitte August Baubeginn für weitere 90 Parkplätze auf dem P+R Platz am Bahnhof
- Mitte August Spendenaktion für Japan mit einem Erlös von 1.069,23 € - Dank des Präsidenten des Japanischen Feuerwehrverbandes
- 26.08.2011 Einweihung des Pneumant Sportforums
- 26.08.2011 Richtfest NCC für das neue Bürogebäude
- 27.08.2011 Einweihung des Parkclubs nach Sanierung für rd. 550.000 €

Ein Ausblick auf kommende Termine:

- 04.09.2011 Samariterfest, Countryfest im Heimattierpark und Radscharmützel
- 07.09.2011 Abschluss des diesjährigen Sommerleseclubs in der Bibliothek
- 08.09.2011 Infoveranstaltung zur Kinder- und Jugendbeteiligung
- 11.09.2011 Tag des offenen Denkmals mit Führung durch die Rathausbaustelle
- 18.09.2011 bundesweiter Tag des offenen Friedhofs, erstmals Beteiligung der Stadt
- ab 01.10. Umsetzung erweiterter Öffnungszeiten in der Verwaltung bis 18.00 Uhr

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Franz, Anwohner der Lindenstraße, als Interessenvertreter weiterer Anlieger im Bereich der FGL (Immissionsbelastung) siehe Ausführungen als pdf-Datei in der Anlage zur Niederschrift
Die Anlieger bitten um schriftliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen in einer angemessenen Frist.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Erster Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung, Herr Roch, erläutert in einem ersten Bericht die bisherigen Aktivitäten und Maßnahmen des am 09.12.2010 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes.

Der Klimaschutzbericht liegt allen Stadtverordneten in elektronischer Form vor und ist der Niederschrift als Anlage (pdf-Format) hinzugefügt.

Die Stadtverordneten danken für die ausführlichen Informationen, die zunächst fraktionsintern beraten und diskutiert werden. Aus diesem Grunde wird übereinstimmend festgelegt, die Debatte dazu in der kommenden STVV zu führen.

TOP 8.2 Erweiterung des Gegenstandes der Gesellschaft für Interessenvertretung der OSE- kommunale Aktionäre mbH 5/276/1

Zur Frage des Abg. Wende über inzwischen erreichte Ziele oder Ergebnisse der Gesellschaft berichtet der Bürgermeister über die zunächst notwendigen rechtlichen Schritte und Erfordernisse, den Gesellschaftsvertrag in der jetzt vorliegenden Form durch die Voten der jeweiligen Gemeindevertretungen über die Bürgermeister und Amtsdirektoren in der Gesellschafterversammlung bestätigen und von drei Kommunalaufsichten unter Beteiligung der Oberen Kommunalaufsicht genehmigen zu lassen. Aus diesem Grunde ist es noch nicht möglich, aktiv in operative Geschäfte einzusteigen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Geschäftsfelderweiterung der Gesellschaft für Interessenvertretung der kommunalen OSE-Aktionäre mbH zu. Der Gegenstand der Gesellschaft wird wie folgt neu formuliert:

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1.

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Rechte und Pflichten der kommunalen Aktionäre in der E.ON edis AG mit Sitz in Fürstenwalde/Spree als Gesamtrechtsnachfolgerin der Oder-Spree-Energieversorgung AG. Die Gesellschaft unterstützt ihre Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Daseinsvorsorge im Rahmen der Darbietung einer sicheren und preiswerten Energieversorgung.

2.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

1. die von ihr gehaltenen Aktien und die sich daraus ergebenden Stimmrechte in der Hauptversammlung der E.ON edis AG zu vertreten;

2. die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Energieversorgung ihres Gebietes, wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger, zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber der E.ON edis AG, staatlichen Stellen, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit zu vertreten;

3. im Rahmen wirtschaftlich sinnvoller und vertretbarer Geschäftsführung weitere Aktien an der E.ON edis AG zu erwerben und Kapitalerhöhungen mit zu vollziehen.

3.

Gegenstand des Unternehmens sind des Weiteren der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung.

4.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar dienen. Gründung von und Beteiligung an Unternehmen auf dem ener-

giewirtschaftlichen Sektor sind erlaubt.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/352

Zurückstellung

TOP 8.4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages der Sparkasse Oder-Spree 5/353

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt/Oder, den heheberechtigten Kommunen des Landkreises Oder-Spree und der Sparkasse Oder-Spree über den Zerlegungsanteil des Gewerbesteuermessbetrages der Sparkasse Oder-Spree für die Stadt Fürstenwalde/Spree in Höhe von 16,379 v.H. zu.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/367

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beschlossen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.6 Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zum Bau einer Schranke am Bahnübergang Rieselfelder, Bahn-km 43,777 5/329

Abg. Hemmerling erklärt, dass die SPD-Fraktion nicht gegen die von der DB AG vorgeschlagene Variante, sehr wohl aber dagegen ist, dass sich die Stadt daran finanziell beteiligen muss. Weiterhin steht zu befürchten, dass sich Gleiches für den Bahnübergang Buschgarten wiederholt.

Die vor Jahren am Piepergestell vorhandene, funktionierende Schrankenanlage wurde rückgebaut mit der Argumentation der Deutschen Bahn, dass diese Strecke auf 160 km/h ertüchtigt werden müsse. Daraufhin erfolgte der Umbau mittels Umlaufsperrung zur Querung nur noch für Fußgänger und Radfahrer. Nun soll wieder eine Schrankenanlage installiert werden, an der sich die Stadt finanziell in Höhe von 48 T€ beteiligen soll.

Abg. Hemmerling erläutert, dass die SPD-Fraktion empfiehlt, die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung dahingehend nachzuverhandeln, dass eine finanzielle Beteiligung der Stadt ausgeschlossen wird, da die vorhandene Umlaufsperrung ihre Zwecke erfüllt.

Der Erste Beigeordnete berichtet, dass er sich zu dem Vorgang nochmals kundig gemacht habe. Lt. DB AG handelt es sich um die Initiative des Eisenbahnbundesamtes und damit der Oberen Aufsichtsbehörde über die gesamten Bahnanlagen in der Bundesrepublik. Handlungsgrundlage sind rechtliche Anpassungen im Eisenbahnkreuzungsgesetz. Es ist daher fragwürdig, dass sich Kommunen diesen gesetzlichen Regelungen widersetzen könnten.

Abg. Wende gibt bei allem Verständnis für das Anliegen der SPD-Fraktion zu bedenken, dass sich die Position für die Stadt dadurch verbessern könnte. Zum einen beabsichtigt die Stadt nicht, die Ertüchtigung der Strecke zu verhindern, zum anderen werde ein *sicherer* Übergang gewährleistet. Jetzt bietet sich noch die Chance dies dank der Fördermittel mit einem relativ überschaubaren Aufwand für die Stadt realisieren zu können. Ob die Bahn AG die Kreuzungsvereinbarung in der jetzigen Form aufrecht erhalten werde oder das Land weiterhin Fördermittel in Höhe von 75 % zusichert, wenn möglicherweise andere prioritäre Projekte anstehen, ist ungewiss.

Für den Buschgarten bestehe die Hoffnung, dass der jetzige Zustand, so lange wie möglich erhalten bleibt, da es sich um einen genehmigten, zulässigen Bahnübergang handelt.

Abg. Wagner berichtet, dass es ihrer Fraktion völlig unklar sei, warum an einem Bahnübergang die Höchstgeschwindigkeit gefahren werden dürfe und dies an einem fast identischen nicht möglich sein solle. Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Nach kontroverser Diskussion wird die Beratungsdrucksache zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Die DS 5/172, Schließung des Bahnüberganges am Bahn-km 43,777 wird zurückgezogen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Rahmen einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung die Errichtung einer Lichtzeichenanlage mit Schranken für Fußgänger und Radfahrer mit einem städtischen Kostenanteil von 192.637 Euro am BÜ Rieselfelder am Bahn-km 43,777 der Bahnlinie Berlin – Frankfurt – Warschau zuzustimmen.
3. Die Kosten für die Maßnahme werden im Haushalt 2012 eingestellt.

Zustimmung Ja 23 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0

Unabhängig davon wird die Verwaltung beauftragt, die Chancen schadensrechtlicher Ansprüche gegenüber der DB AG zu prüfen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Ausführungsbeschluss für das Bauvorhaben Quartierspark in Fürstenwalde Nord - 1. Bauabschnitt Haydnstraße 5/354

Die Abg. Wagner merkt an, dass die Folgekosten des Bauvorhabens dargestellt und in den Haushaltsplanungen Berücksichtigung finden müssen.

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens Ausbau Quartierspark Fürstenwalde Nord - 1. Bauabschnitt Haydnstraße wird, entsprechend vorliegender Planung beschlossen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Ausführungsbeschluss zum Bauvorhaben Trebuser Str. zwischen B168 und Rathenastr. 5/355

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Dem Ausbau der Trebuser Straße zwischen dem Knotenpunkt B 168 / L35 bis einschließlich Einmündung Rathenastraße gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung wird zugestimmt.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.9 Bebauungsplan Nr. 69 "Möbelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße" hier: 5/357
Erweiterung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 69 „Möbelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße“ um eine Teilfläche des Flurstückes 415 der Flur 95, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Verlängerung des Bahnsteigs Bahnhof Süd 5/358

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Ausführung der Bahnsteigverlängerung am Bahnhof Fürstenwalde - Süd mit Anschluss an das Wegenetz örtlich der Lise-Meitner-Straße zu.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.11 Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz" hier: 5/360
Änderung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss**

Der FBL Stadtentwicklung erklärt auf Nachfrage des Abg. Petenati, dass bereits Einige Interesse an den Wohngrundstücken signalisiert hätten. Es besteht kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 195 tw, 196 tw und 607 tw der Flur 142, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.12 Beschluss über die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt 5/362
Fürstenwalde/Spree (ehemaliges Flugplatzgelände)**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a Abs. 3 BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB bzw. § 2 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4a BauGB und während der erneuten Beteiligung berührter Behörden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB Stellungnahmen eingegangen sind. Über diese Stellungnahmen, ersichtlich in den Anlagen 1 und 2, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree. Die Begründung wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung für die 15. FNP-Änderung bei der höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 8.13 Bebauungsplan Nr. 72 "Solarpark James-Watt-Straße" 5/363
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung informiert, dass der Ausschuss in seiner Sondersitzung einstimmig die Zustimmung zu dieser Drucksache empfiehlt. Die Satzung tritt erst in Kraft, wenn die Maßnahmen des Artenschutzes und der Waldumwandlung und deren Durchführung in einem städtebaulichen Vertrag geregelt sind. Es besteht kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Über die Stellungnahmen und Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a BauGB wird entsprechend der tabellarischen Anlage abwägend entschieden. Diese wird das Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I, S. 202, 207) in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414 ff.) zuletzt geändert durch das KlimaSchFöG vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) den Bebauungsplan Nr. 72 "Solarpark James-Watt-Straße" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde, Flur 16, Flurstück 61, bestehend aus den Planzeichnungen (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.
3. Die Satzung ist erst in Kraft zu setzen, wenn die Maßnahmen des Artenschutzes und der Waldumwandlung und deren Durchführung in einem städtebaulichen Vertrag, abgesichert durch Bürgschaften zu Gunsten der Stadt, geregelt sind.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8.14 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/366
über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die beiliegende „1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen“ wird beschlossen. Die Änderungssatzung ist öffentlich bekannt zu machen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete berichtet, dass allen Stadtverordneten Informationen zum Erfüllungsstand des Haushalts per 25.08.2011 zugegangen sind und evtl. Nachfragen gern von ihm bzw. Frau Arnold erläutert werden.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Abg. Sachse regt ein Hinweisschild an der Autobahn bezüglich der historischen, einzig noch existierenden, Tankstelle an und fragt, ob wieder eine Nutzung angedacht ist.

Der Bürgermeister erläutert, dass eine Nutzung aufgrund der Gefahren direkt an der Autobahn nicht möglich ist. Vermutlich wird es auch nicht möglich sein, mit einem entsprechenden Hinweis auf dieses Kleinod aufmerksam zu machen.

Dr. Fehse ergänzt, dass die Möglichkeiten, an der A12 touristische Hinweisschilder aufzustellen, erschöpft sind. Eine landesweite Arbeitsgruppe versucht, die Stellplätze einvernehmlich zu verteilen und in Höhe Fürstenwalde gelang es immerhin, das Hinweisschild auf die Domstadt anzubringen.

Abg. Wende fragt an, ob für die Finanzierungs- und Bestandsprobleme des KOMM-IN-Treffs Lösungen in Sicht sind. Der Bürgermeister berichtet über Gespräche mit der AWO, der Wowi und der Wohnungsbaugenossenschaft über analoge Räumlichkeiten.

Des Weiteren fragt der Abg. Wende, ob es tatsächlich gewollt und möglich ist, mit einer ordnungsbehördlichen Genehmigung zu verschiedensten Anlässe Feuerwerke zu veranstalten nachdem es offensichtlich erfolgreich gelungen ist, die Verwendung von Skylaternen einzudämmen.

Der Bürgermeister antwortet, dass es sich um genehmigungspflichtige Veranstaltungen handelt, die in diesem Sommer offensichtlich häufiger beantragt und genehmigt wurden, da aufgrund der Witterungsverhältnisse selten eine erhöhte Waldbrandstufe herrschte. Allerdings räumt er ein, dass es sicherlich eine Dunkelziffer von Feuerwerken gibt, für die keine Genehmigung beantragt wurde.

Die Thematik wird von der entsprechenden Fachgruppe beobachtet, um ggf. durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 8 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin